

Folgende Organisationen hatten für Samstag, den 7. April 1973 im Steinweg in Frankfurt/M eine Informationsveranstaltung

AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER: AUSSENSEITER ODER MITBÜRGER ?

geplant:

Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, DGB Kreis Frankfurt, Humanistische Union, IAF Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen, Italienische Elternvereinigung, Jugendsozialwerk, Neue griechische Gemeinde, Spanische Elternvereinigung, SPD Arbeitskreis Ausländische Arbeiter, Türkisches Volkshaus.

Die Genehmigung wurde für einen Platz hinter der Katharinenkirche erteilt.

Kurzfristig wurde die Genehmigung entzogen mit dem Hinweis auf die bevorstehende Demonstration des Asta und des Häuserrates rund um die Hauptwache.

Wir halten die Proteste der Bewohner des Westends gegen Bodenspekulation, Mietwucher und Zerstörung von Wohnraum für durchaus berechtigt. Hiervon sind vor allem auch die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien betroffen. Wir sind der Meinung, daß der Informationsstand unserer Organisationen eine notwendige Ergänzung zur Information der Öffentlichkeit darstellt.

Die überraschende Mitteilung über den Entzug der Genehmigung führte bei der Besprechung am gestrigen Abend zu der spontanen Reaktion der Anwesenden, die vorbereiteten Flugblätter in Einzelaktionen im Bereich Zeil - Hauptwache zu verteilen.

Sinn der geplanten Informationsveranstaltung, die Anfang Mai nachgeholt wird, war nicht allein das Verteilen von Flugblättern, sondern die gezielte Aufklärung der Öffentlichkeit über Ausländerrecht, Wohn-, Arbeits- und Schulsituation der ausländischen Mitbürger und die sich daraus ergebenden Forderungen:

RECHT DER AUSLÄNDER AUF GESICHERTEN AUFENTHALT IN DER BUNDESREPUBLIK  
RECHT AUF CHANCENGLEICHHEIT IN DER SCHULISCHEN UND BERUFLICHEN BILDUNG  
RASCHE VERBESSERUNG DER MISERABLEN WOHSITUATION DER AUSLÄNDER  
RECHT AUF POLITISCHE BETÄTIGUNG  
RECHT DER AUSLÄNDER AUF FREIE ÖFFENTLICHE KRITIK AN UNRECHTSVERHÄLTNISSSEN, Z.B. MILITÄRDIKTATUREN UND FASCHISTISCHEN REGIMEN IN IHREN HEIMATLÄNDERN.

Gerade jetzt, wo die Grundsatzdiskussion um die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien einen ersten Höhepunkt erreicht hat, halten wir die kurzfristige Rücknahme der Genehmigung für unsere Informationsveranstaltung für unvertretbar. Dagegen legen wir schärfsten Protest ein. Wir sehen darin einen eklatanten Fall für die Unterbewertung der Probleme der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien.

---

Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, DGB-Kreis Frankfurt, Humanistische Union, IAF, Italienische Elternvereinigung, Jugendsozialwerk, Neue griechische Gemeinde, Spanische Elternvereinigung, SPD-Arbeitskreis Ausländische Arbeiter, Türkisches Volkshaus